

Norbert Reuter

## **1. Mai-Rede Aachen 2017**

– Es gilt das gesprochene Wort –

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

ich freue mich, dass ich heute zum 1. Mai in meiner alten Studien- und Heimatstadt Aachen zu euch sprechen darf. Vielen Dank an den DGB und meinen Kollegen Ralf Woelk. Denn auch nach rund 130 Jahren ist dieser Tag immer noch etwas Besonderes. 1886 hatte die Arbeiterbewegung in Nordamerika zur Durchsetzung des Achtsturentages zum Generalstreik am 1. Mai aufgerufen. Rund 400.000 Menschen waren dem Aufruf gefolgt – für die damalige Zeit ein enormer Erfolg. Wir stehen also in einer langen historischen Tradition.

Heute ist der 1. Mai nicht nur in Deutschland, sondern auch in vielen anderen Ländern ein gesetzlicher Feiertag. Nach dem nordrhein-westfälischen Feiertagsgesetz aus dem Jahr 1961 heißt dieser Tag „Tag des Bekenntnisses zu Freiheit und Frieden, sozialer Gerechtigkeit, Völkerversöhnung und Menschenwürde“. Welch` neue Bedeutung haben diese Werte in jüngster Zeit erfahren, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Lange Zeit schien es so, als ob die Verwirklichung dieser Ziele ein Selbstläufer wäre. Heute merken wir, dass das nicht so ist. Wir müssen erkennen, dass offensichtlich nur permanenter Einsatz für unsere Demokratie und anhaltendes soziales und gesellschaftliches Engagement diese Werte sichern können.

Deshalb haben auch diejenigen Unrecht, die behaupten, der 1. Mai sei ein überholtes Ritual. Genau das Gegenteil ist der Fall! Der 1. Mai als Tag des Kampfes für gute Arbeit und soziale Gerechtigkeit wird sogar immer bedeutender. Und deshalb, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist es so wichtig, dass wir heute hier in Aachen und in vielen anderen Städten gemeinsam demonstrieren. Dass wir für unsere demokratischen Rechte und sozialen Forderungen – in Deutschland wie überall auf der Welt – entschieden eintreten. Dass wir als Gewerkschaften diesen Tag nutzen, um auf unsere gemeinsamen Erfolge zurückzublicken. Aber auch, um nach vorne zu schauen auf das, was in Zukunft getan werden muss.

Und wir sehen: Gemeinsam haben wir viel erreicht. Der Kampf und der Einsatz für das Wohl der arbeitenden Menschen waren erfolgreich. Weil wir viele waren und weil wir viele sind! Gemeinsam mit über sechs Millionen Mitgliedern kämpfen wir tagtäglich für die Interessen der Beschäftigten. Hieran knüpft auch unser diesjähriges Motto an: „Wir sind viele, wir sind eins!“

## ***[Für Demokratie, gegen Rechts!]***

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

unser Kampf für das Wohl der arbeitenden Menschen geht über die Gestaltung der Lohn- und Arbeitsbedingungen weit hinaus. Wir kämpfen auch entschieden für den Erhalt und den Ausbau der Demokratie. Auch das ist kein Selbstläufer, liebe Kolleginnen und Kollegen, wie wir ebenfalls in jüngster Zeit erfahren müssen.

Wir Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter stehen mit der demokratischen Mehrheit in diesem Land für Menschenwürde, soziale Gerechtigkeit, Teilhabe und Weltoffenheit!

Wir treten ein für den gesellschaftlichen Zusammenhalt in Deutschland **und** in Europa. Und deshalb werden wir es nicht zulassen, dass rechte Kräfte unsere Gesellschaft spalten:

Nicht mit Deuschtümelei. Nicht mit Hasstiraden auf Flüchtlinge und den Islam. Nicht mit dem Schüren von Rassismus, Homophobie, Angst und Gewalt.

Zusammen mit allen demokratischen Parteien kämpfen wir gegen den Rechtspopulismus.

Gleichwohl muss die Politik die Verunsicherungen und Ängste der Menschen ernstnehmen. Auch wenn viele für sich feststellen „Mir geht es gut“, ist es um die soziale Gerechtigkeit in unserem Land nicht gut bestellt. Es gibt immer mehr Menschen, die vom Wohlfahrtszug abgekoppelt werden, während eine kleine, aber feine Gruppe von Reichen und Superreichen die große Mehrheit immer weiter hinter sich lässt. Hierfür brauchen wir Antworten und konkrete politische Konzepte.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

in wenigen Tagen sind Landtagswahlen in Schleswig-Holstein, dann hier in Nordrhein-Westfalen. Im September die Bundestagswahl.

Wir Gewerkschaften haben unsere klaren Forderungen an die Parteien gestellt. Wenn soziale Gerechtigkeit und echte Teilhabe wieder für alle Menschen erfahrbar werden, dann werden die Panikmache und das Geschrei von rechts ein schnelles Ende haben.

Eine Politik, die den Menschen Sicherheit, Vertrauen und Perspektiven gibt, ist die beste Politik gegen rechts.

## **[Sichere und Gute Arbeit der Zukunft]**

Und hier haben die Gewerkschaften in der Vergangenheit einiges geschafft. Zuletzt war es die Einführung des gesetzlichen Mindestlohns, zweifellos eine der größten sozialpolitischen Reformen der Nachkriegsgeschichte.

Mehr als zehn Jahre lang haben wir mit großem Einsatz für dieses Projekt gekämpft. Die Wirtschaft und die ihr nahestehenden Ökonomen haben dagegen alles daran gesetzt, den Mindestlohn zu verhindern! Hunderttausende Arbeitsplätze würden angeblich verlorengehen. Heute stehen die sogenannten unabhängigen Ökonomen blamiert da. Entschuldigt hat sich bislang aber keiner. Obwohl genau das Gegenteil ihrer Prognosen eingetroffen ist: Es gibt nicht weniger, sondern deutlich mehr Beschäftigung. Letztlich haben sie nur dazu beigetragen, dass 4 Millionen Beschäftigten im Niedriglohnssektor erst viele Jahre später wenigstens 8,50 Euro pro Stunde bekommen. Schönen Dank dafür!

Wir haben dagegen immer gesagt, Löhne müssen zum Leben reichen. Kein Mensch soll trotz Vollzeitarbeit noch zum Sozialamt müssen. Wir haben immer gesagt, dass Löhne nicht nur Kosten, sondern vor allem Nachfrage sind. Löhne drücken und gleichzeitig darüber klagen, dass die Nachfrage in Deutschland zu schwach ist, das passt nicht zusammen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Mit dem gesetzlichen Mindestlohn ist der schlimmsten Schmutzkonzurrenz zumindest ein Riegel vorgeschoben. Jetzt geht es darum, dass die Einhaltung des Mindestlohns besser kontrolliert wird und er schnell erhöht wird. Denn auch von 8,50 Euro/Stunde kann man weder gut leben noch für eine ausreichende Rente vorsorgen. Für beides ist poli-tischer Wille und politische Unterstützung nötig. Hier werden wir nicht locker lassen und hieran die Parteien messen.

## **[Soziale Sicherheit und soziale Gerechtigkeit]**

Stichwort Rente: Ein großes drohendes soziales Problem ist die Altersarmut. Deshalb hat der DGB eine Rentenkampagne gestartet und damit ein zentrales Wahlkampfthema gesetzt. Zentrale Botschaft: Die gesetzliche Rente muss Schutz bieten vor sozialem Abstieg und Armut im Alter.

Deswegen fordern wir einen Kurswechsel in der Rentenpolitik! Derzeit liegt das gesetzliche Rentenniveau noch bei 48 Prozent. Wenn die Politik nicht gegensteuert, wird es bis 2030 – also in gerade mal 13 Jahren – auf 43 Prozent sinken. Im Jahr 2000, also vor der großen Renten"reform", lag es noch bei knapp 53 Prozent. Wir fordern, dass das weitere Absinken des Rentenniveaus gestoppt wird. In einem zweiten Schritt muss es dann zumindest auf 50 Prozent wieder angeho-

ben werden. Wer jahrzehntelang hart gearbeitet und in die Rentenkasse eingezahlt hat, muss am Ende eine Rente bekommen, von der sie und er in Würde leben kann.

Auch hieran werden wir die Parteien messen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

die wesentliche Ursache für Altersarmut liegt aber daran, wie gegenwärtig die Erwerbsarbeit in Deutschland organisiert ist: Arbeitslosigkeit, niedrige Einkommen und prekäre Beschäftigung sind die entscheidenden Ursachen für spätere Altersarmut.

Tagtäglich begehen Arbeitgeber Tariffucht. Für immer weniger Unternehmen und deren Beschäftigte gilt ein Tarifvertrag. Das, was Gewerkschaften heute aushandeln – und da waren wir in den letzten Jahren sehr erfolgreich – kommt nur noch bei gut der Hälfte der Beschäftigten an (West: 59 Prozent; Ost: 49 Prozent).

Im Ergebnis klaffen die Einkommens- und Lebensbedingungen immer weiter auseinander. Denn, ohne Tarifvertrag heißt in aller Regel: schlechter bezahlte Arbeit, längere Arbeitszeiten, mehr Arbeitsdruck, Unsicherheit und Abstiegsangst.

Deshalb tun wir alles, um die tariflosen Gebiete zu erschließen. Aber auch hier brauchen wir die Unterstützung der Politik.

Tariffucht würde ein Riegel vorgeschoben, wenn Tarifverträge auch bei trickreichen Neu- und Ausgründungen kollektiv nachwirken würden, bis sie durch einen neuen Tarifvertrag ersetzt sind. Zudem müssen Tarifverträge unter erleichterten Bedingungen für allgemeinverbindlich erklärt werden können. Dann gelten sie für alle Unternehmen einer Branche. Auch für die, die bislang einen Tarifvertrag verweigert haben und mit Dumpinglöhnen Schmutzkonkurrenz betreiben. Unser Ziel ist und bleibt: Tarifverträge müssen für alle gelten!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

mehr Gerechtigkeit auf dem Arbeitsmarkt heißt auch, dass sich bei den Minijobs endlich etwas ändern muss. Zwar sind durch den gesetzlichen Mindestlohn viele Mini-Jobs in sozialversicherungspflichtige Beschäftigung umgewandelt worden. Fünf Millionen Beschäftigte arbeiten aber immer noch in einem Minijob. Das sind oft Jobs, die gerade mal 100 oder 200 Euro einbringen, oder „Arbeit auf Abruf“, teilweise mit sog. „Null-Stunden-Verträgen“. Dann ordert der Arbeitgeber die Beschäftigten nach Belieben – mal mehr, mal weniger, mal gar nicht. Das unter-

nehmerische Risiko tragen dann de facto die Beschäftigten. Wir sehen das z.B. bei vielen Verkäuferinnen im Einzelhandel. Ähnliches spielt sich in der ambulanten Pflege ab. Hier arbeiten fast 20 Prozent der Beschäftigten in Minijobs. Die allermeisten sind Frauen. Und Minijob heißt Minilohn. Und Minilohn heißt fehlende soziale Absicherung im Alter.

Das ist prekäre Arbeit pur, liebe Kolleginnen und Kollegen! Vor allem auf dem Rücken der Frauen: Denn sie arbeiten zu 60 Prozent in Minijobs.

Ebenso viele unserer Kolleginnen arbeiten in Teilzeit – bei den Männern sind es nur 20 Prozent. Und warum? Weil es fast immer die Frauen sind, die sich um die Betreuung der Kinder oder die Pflege älterer Familienangehöriger kümmern. Und wenn sie dafür ihre Arbeitszeit reduziert haben, kommen sie nachher nicht wieder in die Vollzeit zurück. Sie hängen dann in der Teilzeitfalle, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Der Anspruch auf Teilzeit ohne den Anspruch auf Rückkehr in Vollzeit ist eine Einbahnstraße, die in der Sackgasse endet.

Und da fällt der CDU/CSU nichts Besseres ein, als das Gesetz zur befristeten Teilzeit zu blockieren! Mit dem immer gleichen Argument übrigens: Weil darunter die Wirtschaft leiden würde. Mit der Weiterentwicklung des Teilzeitrechts wäre endlich Schluss mit der Teilzeitfalle. Mit dem Recht auf Rückkehr in Vollzeit könnten Frauen ihre Arbeitszeit endlich wieder aufstocken. Und uns Männern würde es leichter fallen, und genauso für Kinderbetreuung und Pflege zu engagieren, weil wir unsererseits nicht fürchten müssten, in der Teilzeitfalle zu landen. Wir Gewerkschaften sind überzeugt: Die Zeit ist reif für mehr Partnerschaftlichkeit in Beruf und Familie.

Aber auch bei den Löhnen brauchen wir mehr Gerechtigkeit zwischen Männern und Frauen. Selbst bei Vollzeitbeschäftigung klafft immer noch eine Lohnlücke zwischen den Geschlechtern: Das ist ein Skandal! Noch immer erhalten Frauen im Durchschnitt 21 Prozent weniger Lohn als ihre männlichen Kollegen. Damit diese Ungerechtigkeit für alle Betroffenen in den Betrieben erkennbar ist, brauchen wir mehr Transparenz. Deswegen ist es gut, dass Bundesfrauenministerin Schwesig das Entgelttransparenzgesetz auf den Weg gebracht hat, auch wenn es nur ein erster Schritt ist. Aber mehr hat sich in der Koalition nicht durchsetzen lassen.

Das gilt auch für Regelungen gegen den Missbrauch von Leiharbeit und Werkverträgen, liebe Kolleginnen und Kollegen! Arbeitsministerin Nahles hat das Thema aufgegriffen und ein neues Gesetz vorgelegt. Doch auch mit ihm haben es die Arbeitgeber viel zu leicht, Scheinwerkverträge abzuschließen. Zudem ist Leiharbeit immer noch nicht auf zeitlich begrenzte Auftragsspitzen beschränkt. Inzwi-

schen arbeiten rund eine Million Menschen in der Leiharbeit. 1995 waren es gerade einmal 160.000.

Für die Unternehmer ist Leiharbeit ein lukratives Kostensenkungsprogramm geworden. Leihbeschäftigte werden schlechter bezahlt, leben in ständiger Unsicherheit und haben weniger Rechte. Wir dürfen nicht zulassen, dass es Beschäftigte zweiter Klasse gibt, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Deshalb ist es gut, dass nun auch wieder verstärkt über Korrekturen an der Agenda 2010 geredet wird. Etwa, dass die Arbeitslosenversicherung wieder gestärkt werden muss. Es darf nicht sein, dass ein Viertel der Arbeitslosen direkt in das Hartz IV-System abrutscht. Deswegen müssen die Hürden für den Zugang zum Arbeitslosengeld I gesenkt werden. Wir begrüßen auch, wenn über die Höhe des Schonvermögens geredet wird, das angerechnet wird, bevor jemand überhaupt Arbeitslosengeld II bzw. „Hartz IV“ erhält. Aber selbst eine Verdoppelung der Höhe des Schonvermögens auf 300 Euro pro Lebensjahr würde den allermeisten Bezieherinnen und Beziehern des Arbeitslosengeldes II nichts helfen, weil sie überhaupt kein Vermögen besitzen.

Deshalb muss auch die Laufzeit des „echten“ Arbeitslosengeldes wieder deutlich verlängert werden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

wir wollen die Arbeitswelt human gestalten, ob digital oder analog. Dafür brauchen wir starke und unmittelbare Rechte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und viel mehr Mitbestimmung. Ob Arbeitszeit, Gesundheits- und Arbeitsschutz, Datenschutz, Gleichstellung, Qualifizierung und Weiterbildung, Personalplanung oder Outsourcing – in all diesen Bereichen müssen Betriebs- und Personalräte garantierte Mitbestimmungsrechte haben.

Zweifellos bedroht die Digitalisierung viele Arbeitsplätze. Das erleben wir gerade besonders bei den Banken. Sie eröffnet aber auch Chancen für mehr Zeitsouveränität, ein selbstbestimmteres Leben, einen besseren Ausgleich von Familie und Beruf. Aber Vorsicht: Wenn die Arbeitgeber unter Verweis auf die Digitalisierung von „neuen Chancen“ reden, meinen sie etwas völlig anderes: Sie wollen, dass Beschäftigte quasi rund um die Uhr zur Verfügung stehen, wann immer es den Unternehmern gerade passt.

Deshalb verurteilen wir die Angriffe auf das Arbeitszeitgesetz auf das Schärfste. Es gibt längst genügend tarifvertragliche und betriebliche Regelungen zur flexiblen Gestaltung der Arbeitszeit. Schon heute sind nachweislich gesundheits-

schädliche Arbeitszeiten von bis zu 60 Stunden in der Woche zulässig, zehn Stunden pro Tag.

Aber das ist den Arbeitgebern noch nicht genug. Sie drängen auf eine Lockerung des Arbeitszeitgesetzes.

Statt über eine weitere Ausweitung zu reden, müssen wir vielmehr wieder verstärkt über eine Reduzierung von Arbeitszeiten reden. Denn die Belastungen am Arbeitsplatz nehmen gerade aufgrund der Digitalisierung der Wirtschaft zu – die steigenden psychischen Belastungen und die explodierenden Zahlen von Burn-Outs sind ein deutliches Alarmsignal. Deshalb werden wir das Arbeitszeitgesetz als Schutzgesetz für die Beschäftigten mit aller Kraft verteidigen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

der aktuelle Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung belegt: Die Schere zwischen Arm und Reich wird immer größer.

Verunsicherung zieht sich quer durch die Bevölkerung. Immer weniger Menschen glauben, dass es ihren Kindern einmal besser gehen wird als ihnen. Abstiegsängste machen sich breit. Und das sind keineswegs nur diffuse Ängste. Bei vier von 10 Beschäftigten ist der Bruttostundenlohn seit Mitte der 90er Jahre nicht mehr gestiegen, sondern real gesunken! Und das, obwohl sich die Wirtschaftsleistung (BIP) in diesem Zeitraum um real 30 Prozent erhöht hat.

D.h. der massive Wohlstandszuwachs ist an einem Großteil der Bevölkerung komplett vorbeigegangen. Stattdessen sind die Reichen noch reicher geworden. Rund 20 Prozent aller Beschäftigten – so viel wie in kaum einem anderen Land in Europa – arbeiten im sogenannten Niedriglohnsektor, d.h. für Löhne von unter 10 Euro pro Stunde. Sie schauen dem Wohlfahrtszug mit seinen immer komfortableren Luxusabteilen für eine kleine Schicht von Superreichen hinterher.

Diese Entwicklung ist eine akute Gefahr für unseren sozialen Zusammenhalt. Die Reichen werden reicher und die Armen werden ärmer! Inzwischen verfügen die reichsten 10 Prozent der Haushalte über 63 Prozent des gesamten Vermögens; das reichste eine Prozent über rund ein Drittel des Gesamtvermögens und die reichsten 0,1 Prozent über sage und schreibe gut 16 Prozent. Auf der anderen Seite hat die gesamte ärmere Hälfte der Bevölkerung mit nicht einmal drei Prozent so gut wie kein Vermögen; die ärmsten 10 Prozent sind sogar verschuldet.

Diese dramatische Ungleichverteilung des Vermögens ist Sprengstoff für unser Gemeinwesen. Wir fordern, dass die Politik wieder mehr Verteilungsgerechtigkeit schafft und konkrete Schritte benennt, wie man diese Entwicklung beenden und umkehren will!

Wir haben dazu seit langem konkrete steuerpolitische Vorschläge vorgelegt und sie mit Blick auf die kommende Bundestagswahl bekräftigt. Im Kern: Starke Schultern müssen wieder mehr zur Finanzierung des Gemeinwesens beitragen und diejenigen, die wenig verdienen, müssen entlastet werden.

Wir wollen, dass große Vermögen und Erbschaften wieder in die Pflicht genommen werden. Dafür muss die Vermögensteuer wieder eingeführt werden und die Erbschaftsteuer muss endlich ihren Namen verdienen. Sie ist inzwischen fast zu einer Bagatellsteuer verkommen.

In dem Zusammenhang gehört auch eine weitere absurde Regelung beseitigt: Arbeitseinkünfte werden mit bis zu 42 Prozent besteuert, Kapitalerträge mit lediglich 25 Prozent „abgegolten“. Diese Ungerechtigkeit muss ein Ende haben! Kapitalerträge müssen mindestens so besteuert werden wie Einkommen aus Arbeit.

Seit Jahren fordern wir auch eine europaweite Steuer auf Finanztransaktionen. Mit ihr könnte ein umfassendes Zukunftsprogramm für Europa finanziert werden, für Investitionen und gegen Arbeitslosigkeit. Das ist dringend nötig! Aber fast ein Jahrzehnt nach Ausbruch der Finanzkrise verhandeln die EU-Finanzminister immer noch. Hier muss endlich etwas passieren. Deutsche Politikerinnen und Politiker müssen Druck machen und nicht – wie so oft in der Vergangenheit – als Bremser auftreten.

### ***[ZUKUNFTSINVESTITIONEN UND HANDLUNGSFÄHIGER STAAT]***

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

*sozial gerechte Steuern* sind auch notwendig, damit unser Staat wieder handlungsfähig wird! Ohne funktionierende öffentliche Daseinsvorsorge gibt es keine soziale Gerechtigkeit!

Davon sind wir aber weit entfernt. Überall fehlt es an Geld: kaputte Schulen, marode Brücken, löchrige Straßen, geschlossene Schwimmbäder und Bibliotheken, Personalmangel in den Behörden ...: Alles Folgen von Privatisierung, Spardiktat und Steuerwettbewerb!

Eine gute öffentliche Daseinsvorsorge, eine leistungsfähige In-frastruktur, ein zuverlässiger und bürgernaher öffentlicher Dienst und innere Sicherheit für alle – das sind die Dinge, die wir als Bürgerinnen und Bürger vom Staat erwarten. Und nicht nur das: Viele sind sogar darauf angewiesen! Ein Staat, der nicht für seine Bürgerinnen und Bürger da ist, gefährdet den Zusammenhalt unseres Gemeinwesen. Nur die Reichen können sich einen armen Staat leisten!

Deshalb fordern wir einen umfassenden „Pakt zur gerechten Finanzierung und Umsetzung öffentlicher Investitionen“.

Wir brauchen viel mehr Investitionen in Bildung, in innere Sicherheit, Wohnungsbau, Infrastruktur und den öffentlichen Dienst. Wir brauchen mehr Personal – auch bei der Polizei und den Sicherheitsbehörden in Bund und Ländern.

### **[EUROPA UND FAIRE GLOBALISIERUNG]**

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

lassen wir uns von Populisten wie dem neuen US-Präsidenten Trump nicht für dumm verkaufen: Wir brauchen keinen Protektionismus, keine Abschottung vom Weltmarkt und vor allem keinen neuen Nationalismus.

Was wir aber brauchen, ist eine Abkehr vom bisherigen neoliberalen Globalisierungskurs. Liberalisierung, Flexibilisierung, Deregulierung und freie Fahrt den anonymen Marktkräften ist kein Konzept, sondern pure Ideologie. Nur die Unternehmen und Reichen profitieren davon.

Stattdessen müssen die Wohlfahrtsgewinne endlich gerecht verteilt werden. Ein „freier“, deregulierter Welthandel steht dagegen für Lohn- und Steuerdumping, für die Aushöhlung von sozialen und ökologischen Standards, für die menschenverachtende Ausbeutung von Billigstarbeit, für einen gnadenlosen Standortwettbewerb um die billigsten Arbeitsplätze.

Die Europäische Union ist hierbei weder Auslöser noch das Problem – das sagen wir gerade hier in Aachen allen Feinden der europäischen Idee.

Das Problem ist die **Politik** der EU der letzten zwanzig Jahre, mit der sie sich leider vielfach zum Vorreiter der neoliberalen Globalisierung gemacht hat.

Und da, wo die EU handelt, hat sie mit ihrer neoliberalen Ausrichtung oft zusätzliche Probleme verursacht. Ihre Antwort auf die Finanzkrise war eine völlig verfehlte Sparpolitik. Durch sie wurden Länder wie Griechenland und Spanien tiefer in die Krise gestürzt. Sie hat die dortigen Tarif- und Sozialsysteme an den Rand des Zusammenbruchs getrieben.

Gleichzeitig wird der Wettbewerb im Binnenmarkt von einzelnen Mitgliedstaaten über unverhohlenes Lohndumping ausgetragen – nicht zuletzt von Deutschland, wenn man etwa auf die Fleischindustrie schaut. Wir dürfen das europäische Haus nicht auf einen neoliberalen Binnenmarkt reduzieren.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

dass wir ein anderes Europa brauchen ist klar! Klar muss aber auch sein, dass kein Europa auch keine Lösung ist!

Angesichts der drängenden Probleme brauchen wir Europa sogar mehr denn je. Es muss aber ein soziales und gerechtes Europa sein. Wir dürfen nicht in die Zeiten des Protektionismus und der Handelskriege zurückfallen. Wir brauchen einen fairen Welthandel – als Gegenentwurf zum freien Welthandel wie wir ihn kennen.

Gestalten können wir eine faire Globalisierung aber nicht im Alleingang. Dafür muss Europa sein ganzes weltpolitisches Gewicht in die Waagschale werfen. Und dafür muss die EU selbst das Gegenmodell zur neoliberalen Globalisierung werden.

Deshalb fordern wir die Rückbesinnung auf ein solidarisches und soziales Europa in Frieden und Wohlstand. Wir brauchen ein Europa, dem die Menschen wieder vertrauen.

Dafür kämpfen wir gemeinsam mit unseren Kolleginnen und Kollegen im Europäischen Gewerkschaftsbund!

### **[SCHLUSS]**

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

zum Schluss will ich dazu aufrufen, dass wir diesen 1. Mai als Signal für unseren Kampf für soziale Gerechtigkeit und für den gesellschaftlichen Zusammenhalt in Deutschland und Europa verstehen.

Als Signal für einen Kurswechsel in der Rentenpolitik, für sichere und gute Arbeit, für eine stärkere Tarifbindung, gegen Befristungen, Minijobs und ungleiche Entlohnung!

Als Signal für unseren Kampf für ein gut ausgestattetes und gerechtes Gemeinwesen, für starke öffentliche Dienstleistungen und Investitionen, für gute Bildung und für eine gerechte Steuerpolitik.

Hierfür gehen heute hier in Aachen und in ganz Deutschland viele Tausende auf die Straßen. Uns alle eint die Überzeugung, dass wir dieses Land verändern und sozialer machen müssen.

Und dass wir es können, liebe Kolleginnen und Kollegen – denn: „Wir sind viele, wir sind eins!“ Lassen wir uns gemeinsam von diesem Motto leiten.

Glück auf!